

Inhaltsübersicht

<i>A. Die Zerstörung von Kulturerbe: Problemaufriss</i>	35
I. Einleitung	35
II. Der Wandel der Konfliktstrukturen	108
III. Potenzielle Ursachen und Motive der Auslöschung von Kulturerbe	123
<i>B. Menschenrechtliche und institutionelle Grundlagen für den Erhalt des Kulturerbes</i>	153
I. Ausgangspunkt: Kulturgutschutz als Objektschutz	153
II. VN-Menschenrechtsschutz und der Erhalt des Kulturerbes	158
III. Kompetenzen und Rolle der UNESCO im Kontext des Erhalts von Kulturerbe	202
<i>C. Der Umgang der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten mit illegalem Kunst- und Antikenhandel im Kontext von Krisen und bewaffneten Konflikten</i>	267
I. Die Stärkung eines integrativen normativen Ansatzes: Kulturgutschutz im Sicherheitskontext	267
II. Die institutionellen Möglichkeiten der UNESCO zur Bekämpfung des illegalen Kunst- und Antikenhandels	323
III. Reformüberlegungen zur Eindämmung des illegalen Kunsthandels	363
<i>D. Der Umgang der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten mit der Zerstörung von Kulturgütern in Krisen und bewaffneten Konflikten</i>	411
I. Herausforderung: Die Verbesserung der Rechtsbefolgung von kulturgutschützendem humanitären Völkerrecht (compliance)	411

II. Herausforderung: Die Bindung nicht-staatlicher Konfliktparteien an das Völkerrecht	502
III. Herausforderung: Die Überwindung der Fragmentierung zwischen im bewaffneten Konflikt anwendbaren UNESCO-Kulturabkommen	577
<i>E. Der Umgang von Strafgerichten mit der vorsätzlichen Zerstörung von Kulturgut</i>	631
I. Einleitung: Fortschritte der internationalen Strafgerichtsbarkeit	631
II. Die Zerstörung von Kulturgütern als Kriegsverbrechen	640
III. Die Zerstörung von Kulturgut als Verbrechen gegen die Menschlichkeit	666
IV. Die Zerstörung von Kulturerbe als „Genozid“?	687
V. Kritische Würdigung	703
<i>F. Die operative Ebene: VN-Friedenssicherung und Schutz des Kulturerbes in Krisenländern</i>	729
I. Einführung	729
II. Die UNESCO-Strategie zum Schutz von Kultur in bewaffneten Konflikten und Krisen (2015-2021)	755
III. Das Zusammenwirken der UNESCO mit Schutzakteuren zur Rettung von Kulturerbe	770
IV. Die Unterschutzstellung von Kulturgut aus Krisenländern	791
V. Robuste kulturelle Schutzinterventionen	829
VI. Kultur als eine Säule der VN-Friedenskonsolidierung (Post-Konflikt)	893
Schlusswort	941
<i>Autorenverzeichnis</i>	947

Inhaltsverzeichnis

<i>A. Die Zerstörung von Kulturerbe: Problemaufriss</i>	35
I. Einleitung	35
1. Kulturerbe als unersetzliche Ressource und völkerrechtliche Schutzanliegen	40
a) Der Topos der Unersetzlichkeit	40
b) Grenzen der Schadensbehebung	42
c) Ziel der Substanz- und Kontexterhaltung	44
d) Bewahrung der kulturellen Identität als Schutzanliegen	45
2. Verbrechen an Kulturgut	46
a) Der Begriff der absichtlichen Zerstörung im Sprachgebrauch der UNESCO	46
b) Historische Verbrechen an Kulturgut	48
c) Zerstörung und zerstörerische Aneignung als Teil militärischer Strategien	52
d) Ausbreitung von Kulturverbrechen im Zeichen des Dschihadismus	54
e) Neue Qualität von Verbrechen gegen Kulturerbe	57
3. Die aktuelle Dimension der Zerstörungen	61
a) Targeting von Kultur	62
b) Verbrechen gegen Welterbe	63
c) Exkurs: Die Zerstörung von Weltkulturerbestätten	65
d) Der illegale Antikenhandel als Teil der Zerstörungsszenarien	72
e) Verbrechen gegen Minderheiten	76
4. Kulturelle Säuberungen und das Auftreten identitätsbasierter Gewalt	79
a) Zielgruppe Mensch	80
b) Kulturgüter als Ausdruck kultureller Identität	81
c) Der Terminus sog. kulturelle Säuberungen	83
d) Das Risiko identitätsbasierter Gewalt	85
e) Schlussfolgerung	87

5. Untersuchungsgegenstand und Thesen	88
a) Schwerpunkt der Untersuchung	88
b) Abgrenzung der Thematik	92
c) Thesen (Auswahl)	95
II. Der Wandel der Konfliktstrukturen	108
1. Die Entwicklung vom internationalen zum internen bewaffneten Konflikt	108
a) Zunahme interner bewaffneter Konflikte	108
b) Rechtliche Auswirkungen	109
c) Kulturelle Kriegsführung auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens	110
2. Das Problem von Staatszerfall und Gefährdungen des Kulturerbes	113
a) Gründe für Staatszerfall und Charakteristika	114
b) Auswirkungen von Krisen und Staatszerfall auf Kulturgüter	115
c) Die Sprengung der Statuen von Bamiyan (Afghanistan)	118
d) Zusammenhang zwischen zerfallenen Staaten und Terrorismus	120
e) Zwischenergebnis	121
III. Potenzielle Ursachen und Motive der Auslöschung von Kulturerbe	123
1. Not, Armut und fehlende Bildung	123
a) Armut als Faktor	123
b) Fehlende Bildung	125
c) Fehlende Kapazitäten	125
2. Gewinnstreben und Finanzierung des bewaffneten Kampfes	126
a) Das Entstehen von Schattenwirtschaften	126
b) Gewinnstreben	127
c) Finanzierung des bewaffneten Kampfes	128
3. Hass, Ikonoklasmus und ideologisch motivierte Ausgrenzung	129
a) Verbreitung von Hass	130
b) Ikonoklasmus	131
c) Religiöse Motive	133
d) Exklusion und Ausgrenzung	134

4. Die Ausübung politischer und wirtschaftlicher Macht	136
a) Kontrolle beim Aufbau des politischen und wirtschaftlichen Machtapparates	136
b) Kulturschätze als Hindernis	137
5. Kulturgutzerstörung als Instrument der Propaganda und Mittel der Rekrutierung	138
a) Mediale Vermarktung von Verbrechen gegen Kulturerbe	138
b) Propaganda als Mittel zur Radikalisierung und Rekrutierung	140
6. Intendierte Fragmentierung und Destabilisierung von Gesellschaften	141
a) Gesellschaftliche Zersplitterung	141
b) Instrumentalisierung des Kulturerbes	142
c) Fehler der Vergangenheit	142
7. Angriffe auf universelle Werte und die UNESCO-Welterbekonzeption	143
a) Angriff auf universelle Werte	144
b) Erosion der rechtlichen Wirkung des blau-weißen Schutzschildes	146
c) Provokationen im Anschluss an die Eintragungen in UNESCO-Listen	147
d) Kritische Würdigung	150
<i>B. Menschenrechtliche und institutionelle Grundlagen für den Erhalt des Kulturerbes</i>	153
I. Ausgangspunkt: Kulturgutschutz als Objektschutz	153
1. Traditioneller Schutzgegenstand	153
2. Die Anwendbarkeit von Menschenrechtsverträgen auf Kulturgutzerstörungen im bewaffneten Konflikt	155
II. VN-Menschenrechtsschutz und der Erhalt des Kulturerbes	158
1. Grundlagen	158
a) Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948)	159
b) Institutionelle Verantwortung im VN-Menschenrechtssektor	160
2. Das ethische Dilemma: People First?	162
a) Grundzüge der internationalen Debatte	163

b)	Gemeinsames Anliegen: Bewahrung des sicheren Lebensumfeldes und Vermeidung von Fluchtursachen	164
c)	Vermeidung einer Priorisierung	166
3.	Die Untrennbarkeit von Kulturgut- und Menschenrechtsschutz	167
a)	Zerstörung von Kulturerbe als Indikator für massive Menschenrechtsverletzungen (early warning)	167
b)	Wandel des Diskurs: Schutz der Kultur als Schutz der Menschen	169
c)	Die Sicht der Menschenrechtsdoktrin auf Kulturgüter	172
d)	Hintergrund: Die Debatte um die Gleichwertigkeit der kulturellen Rechte	173
e)	Die Klarstellung durch General Comment No. 21	175
f)	Zur Frage der Drittwirkung	178
g)	Fazit: Kulturguterhaltung als Menschenrecht	180
4.	Identitätsfragen: Der Erhalt des Kulturerbes im Lichte der Rechte von Gemeinschaften, Minderheiten und Indigenen	182
a)	Kulturelle Identität von Gruppen und Gemeinschaften	182
b)	Der Erhalt des kulturellen Erbes und indigene Völker	183
c)	Der Erhalt kulturellen Erbes von Religions- und Glaubensgemeinschaften	185
d)	Zwischenergebnis	187
e)	Fokus: Objekte von religiösem/spirituellem Wert ohne hohe kulturelle Bedeutung	188
f)	Schutzlücke im humanitären Völkerrecht	189
g)	Weiterführende Überlegungen	192
5.	Der physische Erhalt des Kulturgutes als integraler Bestandteil der Menschenrechte (Objektschutz)	194
a)	Objektschutz bezüglich kultureller Objekte und kultureller Stätten	194
b)	Objektschutz bezüglich religiöser Objekte und religiöser Stätten	195
c)	Rechtliche Implikationen: Das individuelle „Recht auf Nicht-Zerstörung“ als Element kultureller Rechte	198
6.	Kritische Würdigung: Ein menschenrechtsbasierter Ansatz der Vereinten Nationen	200

III. Kompetenzen und Rolle der UNESCO im Kontext des Erhalts von Kulturerbe	202
1. Verfassungsmäßige Grundlagen und normsetzende Aktivitäten	203
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen für den Erhalt und Schutz des Kulturerbes	203
b) Kodifikationsarbeiten der UNESCO	204
c) Hauptanliegen des UNESCO-Kulturgüterrechts	207
2. Die Definition von Kulturgut/Kulturerbe in den UNESCO-Abkommen	208
a) Völkerrechtliche Ausgangssituation	208
b) Erweiterung des Begriffsverständnisses	208
c) Grenzen des Wandels der Terminologie	210
d) Plädoyer für ein funktionales Begriffsverständnis	212
3. Die Stärkung der Konzeption des sog. Erbes der Menschheit: öffentliches Gut und universelle Verpflichtung	213
a) Das Konzept des Erbes der Menschheit	213
b) Neuere Tendenzen	216
c) Spannungsfeld zwischen dem Erbe der Menschheit und indigenen Interessen	218
4. Die UNESCO als Motor der internationalen Zusammenarbeit in Kulturfragen	219
a) Wahrnehmung der internationalen Kooperation als Kernaufgabe	219
b) Grenzen der Wirkmacht	222
c) Reformbedarfe	224
d) Arbeitsteiliges Vorgehen im VN-System	225
5. Prävention als mehrdimensionaler Schwerpunkt des UNESCO-Kulturgutschutzes	227
a) Maßnahmen der Prävention vor Ausbruch eines bewaffneten Konflikts	227
b) Maßnahmen der Prävention während eines bewaffneten Konflikts	231
c) Maßnahmen der Prävention im Anschluss an einen bewaffneten Konflikt	233
d) Die Rolle der UNESCO im Kontext der Prävention von Extremismus	234

6.	Neue Rolle für die UNESCO als trouble shooter?	237
a)	Fehlschlag des Erhalts der Buddha-Statuen von Bamiyan (Afghanistan)	237
b)	Neue strategische Ausrichtung	240
c)	Intensivierung der Informations- und Medienpolitik: #Unite4Heritage	240
d)	Nothilfemaßnahmen, technische Hilfe und Krisenmanagement	243
e)	Entsendung von Missionen	245
f)	Kritische Würdigung	248
7.	UNESCO-Finanzkrise und die Problematik der Fonds	249
a)	Das Problem der Finanzausstattung der Fonds	249
b)	Hintergrund: UNESCO-Finanzkrise	252
c)	Perspektiven	254
8.	UNESCO-Erklärungen: Ziele und Grundsätze zum Erhalt des Kulturerbes und der kulturellen Vielfalt	256
a)	Die Erklärung über die Verantwortung der heutigen Generation gegenüber den künftigen Generationen (1997)	257
b)	Die Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt (2001)	258
c)	Weckruf: Die UNESCO-Erklärung (2003) im Kampf gegen die Auslöschung von Kulturerbe	259
d)	Kritische Würdigung	262
e)	Weiterführende Perspektiven	264
<i>C. Der Umgang der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten mit illegalem Kunst- und Antikenhandel im Kontext von Krisen und bewaffneten Konflikten</i>		267
I.	Die Stärkung eines integrativen normativen Ansatzes: Kulturgutschutz im Sicherheitskontext	267
1.	Die Organisation des illegalen Kunst- und Antikenhandels	267
a)	Fragen zu den Absatzwegen des IS	268
b)	Das Dunkelfeld des internationalen Kunstschmuggels	268
c)	Mögliche Ablaufszenarien des illegalen Kunst- und Antikenhandels	270
d)	Kritische Würdigung	273

2.	Die Nachfrage auf dem internationalen Kunstmarkt	274
	a) Der Trend des steigenden illegalen Kunst- und Antikenhandels	274
	b) Anreize für Plünderungen	276
	c) Das Risiko von Fälschungen	278
	d) Kunst- und Antikenschmuggel als Belastung der diplomatischen Beziehungen	280
3.	Der Zusammenhang zwischen illegalem Kunsthandel und Terrorismusfinanzierung sowie organisierter Kriminalität	281
	a) Anfälligkeit des Kunst- und Antikenhandels für Geldwäsche	282
	b) Bezug des IS und verwandter Gruppen zu Terrorismusfinanzierung	284
	c) Kunst- und Antikenschmuggel als Teil des Anti-Terror-Kampfes der Vereinten Nationen	286
	d) Ausschluss von Rechtfertigungsgründen	288
4.	Plünderungsverbote im humanitären Völkerrecht: Implementierungsdefizite	289
	a) Die Haager Regelungen 1907 gegen Plünderung	289
	b) Die Haager Konvention (1954) und das Erste Protokoll	289
	c) Das Zweite Protokoll (1999) zur Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut im bewaffneten Konflikt	292
	d) Probleme der Umsetzung	293
5.	Probleme des UNESCO-Übereinkommens gegen den illegalen Kunsthandel (1970)	295
	a) Entstehungshintergrund und Interessenlage	295
	b) Normative Ebene	297
	c) Probleme der Implementierung	301
	d) Die Praxis der Rückgabe	302
	e) Verbesserung des Ratifikationsstandes	303
6.	Die Irak-Resolution 1483 (2003): Eine Blaupause für den internationalen Kulturgutschutz?	304
	a) Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak	305
	b) Novum: Handelsbeschränkungen für Kulturgut als Teil der Friedenssicherung	305
	c) Solidaritätsmaßnahmen der VN-Mitgliedstaaten	307
	d) Vorbildfunktion der VN-Sicherheitsratsresolution 1483 (2003)	308

e)	Grenzen des Schutzes von Kulturgut	309
7.	Die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1483 (2003) auf EU-Ebene und Folgemaßnahmen	310
a)	Gemeinsamer Standpunkt	310
b)	Inhalt der sog. Irak-Verordnung	311
c)	Fortbestehende Defizite	313
d)	Kritische Würdigung	316
8.	Die Resolution 2199 (2015) des VN-Sicherheitsrates	317
a)	Entstehungshintergrund	317
b)	Inhalt der VN-Sicherheitsratsresolution 2199 (2015)	318
c)	Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 2199 (2015) mit Unterstützung der UNESCO	321
II.	Die institutionellen Möglichkeiten der UNESCO zur Bekämpfung des illegalen Kunst- und Antikenhandels	323
1.	Überblick über die Wahrnehmung der Verantwortlichkeit	323
a)	Appelle und Stärkung des Völkerrechts	324
b)	Unterstützung der UNESCO-Mitgliedstaaten	325
c)	Die Schaffung einer UNESCO-Datenbank	326
d)	Der UNESCO-Verhaltenskodex für Kunsthändler	326
2.	Die institutionelle Zusammenarbeit der UNESCO mit Partnerorganisationen zur Bekämpfung des illegalen Kunsthandels	328
a)	Zusammenwirken mit INTERPOL	328
b)	Partnerschaft mit ICOM	329
c)	Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WCO)	331
d)	Weitere Kooperationen mit Partnerorganisationen	332
e)	Zusammenarbeit mit dem United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC)	333
f)	Zwischenergebnis	338
3.	Die Aufwertung der Rolle (staatlicher) Museen	338
a)	Museen als Akteur	338
b)	Die UNESCO-Empfehlung zur Rolle von Museen und Sammlungen (2015)	341
c)	Kritische Würdigung: Verstärkung der Nothilfe für Museen in Krisenländern	343
d)	Unterstützung bei der Rekonstitution des Kulturerbes	344

4.	Die Rolle des Ausschusses für Übereinkommen und Empfehlungen und die UNESCO-Vertragsstaatenkonferenz	346
a)	Der Ausschuss für Übereinkommen und Empfehlungen	346
b)	Die Vertragsstaatenkonferenz	346
5.	Der Zwischenstaatliche Ausschuss (ICPRCP)	348
a)	Die Gründung des Zwischenstaatlichen Ausschusses zur Förderung der Rückgabe illegal erworbener Kulturgüter in ihre Ursprungsländer	348
b)	Ausbau des Mandats	349
c)	Kritische Würdigung	351
6.	Der Beratende Ausschuss (Subsidiary Committee)	352
a)	Schaffung des Beratenden Ausschusses	353
b)	Mandat und Aktivitäten	353
c)	Perspektiven	355
7.	Die Verbesserung des UNESCO-Berichtsprüfungsverfahrens	356
a)	Defizite des UNESCO-Berichtsprüfungsverfahrens	357
b)	Reformbedarf	359
c)	VN-Menschenrechtsprüfverfahren als Vorbild	359
d)	Perspektiven	360
8.	Zwischenergebnis	361
III.	Reformüberlegungen zur Eindämmung des illegalen Kunsthandels	363
1.	Rückblick	363
2.	Optionen: Novellierung auf der Ebene des UNESCO-Vertragsrechts	365
a)	Die Stärkung der einheitlichen Anwendung der UNESCO-Konvention (1970) durch Operationelle Richtlinien	365
b)	Die Frage eines neuen Zusatzprotokolls	366
c)	Kritische Würdigung	367
3.	Revitalisierung der UNIDROIT-Konvention	367
a)	Entstehungsgeschichte	367
b)	Vergleich mit der UNESCO-Konvention von 1970	368
c)	Perspektiven	370
4.	Die Nutzung des Potenzials der sog. Palermo-Konvention (UNTOC) gegen den organisierten Kunst- und Antikenschmuggel	373
a)	Materiell-rechtliche Regelungen der Palermo-Konvention	373

b) Kritische Würdigung	375
c) Richtlinien zur Palermo-Konvention (2000) gegen organisierte Kriminalität im Kunst- und Antikenhandel (2015)	376
5. Schließung der Lücken in der nationalen Gesetzgebung	377
a) Beispiel Schweiz	378
b) Beispiel Österreich	380
c) Beispiel Deutschland	381
6. Der Ausbau von Spezialkräften im Kampf gegen Plünderungen und den illegalen Kunst- und Antikenhandel	385
a) Die Carabinieri-Einheit der italienischen Polizei	385
b) Weiterführende Überlegungen	387
7. Die Frage von Importkontrollen und sonstigen Maßnahmen	387
a) Die sog. Kairo-Erklärung (2015)	387
b) Die Harmonisierung von EU-Regelungen	388
c) Sicherheitsvorkehrungen und EU-Importkontrollen	390
d) Zwischenergebnis	392
e) Die neue Europaratsinitiative zur Wiederbelebung der sog. Delphi-Konvention (1985)	392
8. Überlegungen de lege ferenda zu einem weltweiten Handelsmoratorium für Kulturgut aus Kriegsgebieten	395
a) Die Erörterung eines Handelsmoratoriums im Sanktionsausschuss des VN-Sicherheitsrates	395
b) Argumentation des VN-Sanktionsausschusses	396
c) Perspektiven	398
9. Stärkere Verantwortung des Privatsektors	399
a) Hintergrund: Fehlendes Bewusstsein für die Gemeenschädlichkeit	399
b) Die Rolle von Auktionshäusern	400
c) Die VN-Richtlinien zur Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (2014)	401
d) Weitere Initiativen der Vereinten Nationen	402
e) Perspektiven: Aufklärung und Kulturwandel	403
f) Initiativen zur Ächtung von sog. Blutkunst	405
10. Kritische Würdigung	408

<i>D. Der Umgang der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten mit der Zerstörung von Kulturgütern in Krisen und bewaffneten Konflikten</i>	411
I. Herausforderung: Die Verbesserung der Rechtsbefolgung von kulturgutschützendem humanitären Völkerrecht (compliance)	411
1. Problemaufriss	411
a) Der pauschale Terrorismusverdacht	412
b) Diskrepanz zwischen der normativen Ebene und der Durchsetzung	413
c) Gegenstand der Analyse	415
2. Vertiefung der Staatenpflichten und Anstrengungen zur Ratifikation von Vertragsrecht	416
a) Staatsbezogene Ausrichtung des Kulturgutschutzes	416
b) Relevanz von internationalem Vertragsrecht	418
c) Gründe für mangelnde Ratifikationen	418
d) Neue Initiativen	420
3. Schutz vor vorsätzlicher Zerstörung von Kulturgut: Die Frage der Einhegung der militärischen Notwendigkeit	421
a) Überblick	421
b) Militärische Notwendigkeit gemäß der Haager Konvention (1954)	422
c) Militärische Notwendigkeit gemäß dem Zweiten Protokoll zur Haager Konvention (1999)	424
d) Vergleich des Zweiten Protokolls (1999) mit dem Haager Abkommen (1954)	425
e) Zwischenergebnis	428
f) Reformüberlegungen im Fall militärischer Notwendigkeit: Zusätzliches Abwägungserfordernis de lege ferenda	429
g) Militärische Notwendigkeit gemäß dem Ersten Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen (1977)	431
h) Vergleich des Ersten Genfer Zusatzprotokolls (1977) mit der Haager Konvention (1954)	432
4. Die Aufgabe der strafrechtlichen Ahndung von vorsätzlichen Angriffen auf Kulturgut auf nationaler Ebene	435
a) Strafrechtliche Ahndung von Verbrechen gegen Kulturgut gemäß der Haager Konvention (1954)	435
b) Strafrechtliche Ahndung von Verbrechen gegen Kulturgut gemäß der Genfer Zusatzprotokolle (1977)	436

c)	Strafrechtliche Ahndung von Verbrechen gegen Kulturgut gemäß dem Zweiten Protokoll zur Haager Konvention (1999)	438
d)	Kritik: Die Rolle nationaler Strafgerichte	439
e)	Der Grundsatz der universellen Strafurisdiktion	440
f)	Perspektiven	442
5.	Die Einforderung der Beachtung von Völkergewohnheitsrecht als kleinstem gemeinsamen Nenner	444
a)	Die Relevanz von Völkergewohnheitsrecht im Zusammenhang mit der Auslöschung von Kulturerbe	444
b)	Überblick: Völkergewohnheitsrechtliche Regeln des humanitären Völkerrechts für den Kulturgutschutz	446
c)	Reflexion: Völkergewohnheitsrechtliche Regeln des Welterschutzes für Kulturgüter im bewaffneten Konflikt	450
6.	Die IKRK-Studie zu dem im bewaffneten Konflikt geltenden Völkergewohnheitsrecht	452
a)	Vorbemerkung	452
b)	Fürsorgepflicht zur Schadensvermeidung	453
c)	Verbot des Angriffs auf Güter von großer Bedeutung für das Erbe aller Völker	454
d)	Verbot der Nutzung von Gütern, die für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung sind	456
e)	Verbot jeder Beschlagnahme, Zerstörung oder absichtlichen Schädigung von der Religion, der Wohltätigkeit, der Bildung, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Gebäuden sowie geschichtlichen Denkmälern oder Werken der Kunst und Wissenschaft	457
f)	Verbot jeder Form des Diebstahls, der Plünderung oder widerrechtlicher Inbesitznahme sowie sinnloser Zerstörung, die gegen Güter von großer Bedeutung für das kulturelle Erbe aller Völker gerichtet sind	457
g)	Pflicht, den illegalen Export aus besetztem Gebiet zu verhindern und unzulässig exportiertes Kulturgut zurückzugeben	458
h)	Zwischenergebnis	459
7.	Die umfassende Nutzung des UNESCO-Unterstützungssystems	460
a)	Vorbemerkung	460
b)	Mangelhafte Eintragungspraxis zu Sonderschutz	461
c)	Mangelhafte Eintragungspraxis zu verstärktem Schutz	463

d)	Das Beispiel der Nutzung des internationalen Unterstützungssystems im Libyen-Konflikt	464
e)	Zwischenergebnis	468
8.	Stärkung der Monitoring-Funktion des Ausschusses für den Schutz von Kulturgut im bewaffneten Konflikt	468
a)	Kompetenzen des Ausschusses für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten	469
b)	Funktion und Aufgabenwahrnehmung	470
c)	Kritik am UNESCO-Berichtsprüfungsverfahren	472
d)	Entzug des verstärkten Schutzes als Reaktion auf schwere Rechtsverletzungen	475
e)	Sonstige Sanktionsmöglichkeiten	476
9.	Regelbefolgung und die Rolle von Wiedergutmachung im bewaffneten Konflikt	478
a)	Überblick	478
b)	Völkerrechtspraxis	479
c)	Die UN Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation	480
d)	Staatenverantwortung für zurechenbares eigenes staatliches Handeln oder Unterlassen (Wiedergutmachung)	482
e)	Staatenverantwortung für zurechenbares Handeln bewaffneter Oppositionsgruppen (Wiedergutmachung)	484
f)	Zwischenergebnis	486
10.	Überlegungen zur Stärkung des friedlichen Sanktionspotenzials der VN-Mitgliedstaaten	489
a)	Einführung	489
b)	Sanktionsgewalt von dritten (nicht unmittelbar am Konflikt beteiligten) Staaten	490
c)	Kontroverse: Die Zulässigkeit von Drittrepresalien	492
d)	Weiterführende Überlegungen zu Drittrepresalien: Kulturgutschutz als erga omnes-Verpflichtung	494
e)	Argumente für die Zulässigkeit von sog. Solidaritätsmaßnahmen	496
f)	Zwischenergebnis	499

II. Herausforderung: Die Bindung nicht-staatlicher Konfliktparteien an das Völkerrecht	502
1. Grenzen der Wirkmacht des Völkerrechts für nicht-staatliche Gewaltakteure	502
a) Einführung	502
b) Asymmetrische Kriegsführung und Auswirkung auf den internationalen Kulturgutschutz	506
c) Probleme einer originären Rechtsbindung von nicht-staatlichen Gewaltakteuren	510
2. Reflexionen zur Einordnung des sog. Kalifats des IS	513
a) Die Kontroverse um die Staatsqualität von Terrorstaaten: Das Kalifat des IS	513
b) Die Pflichtenstellung von stabilisierten de facto-Regimen	519
c) Zwischenergebnis	523
3. Kontroverse: Der Umgang mit kämpfenden terroristischen Netzwerken und Gruppen	524
a) Die Behandlung terroristischer Netzwerke durch die Vereinten Nationen	524
b) Gefahr von Grauzonen	528
c) Voraussetzungen für die Anwendung des humanitären Völkerrechts auf den IS	531
d) Einstufung des Kampfgeschehens in Syrien und im Nordirak als nicht-internationaler bewaffneter Konflikt durch die Vereinten Nationen	534
e) Die potenzielle Internationalisierung der Konfliktstruktur	535
4. Folgewirkungen aus dem humanitären Völkerrecht für den internationalen Kulturgutschutz	541
a) Die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut gegen den bewaffneten Konflikt (1954)	542
b) Exkurs: Kulturgutverbrechen des IS in Syrien/Nordirak betreffend die Haager Konvention (1954)	544
c) Das Zweite Protokoll (1999) zur Haager Konvention	546
d) Exkurs: Kulturgutverbrechen des IS in Syrien/Nordirak betreffend das Zweite Protokoll (1999)	548
e) Das Zweite Genfer Zusatzprotokoll für nicht-internationale bewaffnete Konflikte (1977)	548
f) Sonstige Kulturgutverbrechen des IS in Syrien/Nordirak (Völkergewohnheitsrecht)	549

g) Zwischenergebnis	552
h) Perspektiven: Sog. Nicht-Staaten-Kriege (non state wars)	553
5. Die Bindung nicht-staatlicher Konfliktparteien an die Menschenrechte	555
a) Kontroverse betreffend die Bindung von nicht-staatlichen Gewaltakteuren an die Menschenrechte	555
b) Argumente für eine Bindung von nicht-staatlichen Gewaltakteuren an die Menschenrechte	557
c) Weiterführende Überlegungen: Menschenrechtsgewährleistung bei de facto-Kontrolle	559
d) Originäre Bindung gemäß ordre public/ius cogens	560
e) Exkurs: Menschenrechtsverstöße durch den IS aufgrund de facto-Kontrolle	562
6. Normdiffusion und Compliance-Anreize auf der Ebene nicht-staatlicher Konfliktparteien	564
a) Die Rolle von (religiösen) Führern	564
b) Das Problem der Verbreitung von Rechtsregeln	565
c) Argumente für eine Einbeziehung nicht-staatlicher Gewaltakteure	566
d) Exkurs: Kontakte der Vereinten Nationen mit den Taliban im Vorfeld der Zerstörung der Buddha-Statuen	568
e) Das Potenzial von Vereinbarungen mit nicht-staatlichen Konfliktparteien	571
f) Anreizsituation auf nicht-staatlicher Ebene	572
g) Grenzen der Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren	573
7. Schlussfolgerung	575
III. Herausforderung: Die Überwindung der Fragmentierung zwischen im bewaffneten Konflikt anwendbaren UNESCO-Kulturabkommen	577
1. Problemaufriss	577
2. Die Anwendbarkeit der UNESCO-Kulturabkommen in Kriegs- und Krisenzeiten	579
a) Anwendbarkeit der UNESCO-Konvention (1970) im bewaffneten Konflikt	579
b) Anwendbarkeit der Welterbekonvention (1972) im bewaffneten Konflikt	580

c)	Anwendbarkeit der UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes (2003) im bewaffneten Konflikt	583
d)	Anwendbarkeit des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005) auf den bewaffneten Konflikt	586
e)	Zwischenergebnis	587
3.	Die Frage der effektiven Nutzung der Instrumentarien der Welterbekonvention (1972) im bewaffneten Konflikt	587
a)	Die Anwendung von Artikel 4 WK im bewaffneten Konflikt	587
b)	Die Anwendung von Artikel 6 WK im bewaffneten Konflikt	588
c)	Weitere Maßnahmen: Einschreibung auf die Liste des gefährdeten Erbes der Welt	590
d)	Sog. Reactive Monitoring	591
e)	Das internationale Unterstützungssystem	593
f)	Der Fonds für das Erbe der Welt	595
g)	Reformbemühungen	596
h)	Befugnis zu Rechtsdurchsetzung und Sanktionspolitik des Welterbekomitees	597
i)	Kritische Reflexionen zur Rolle der Welterbekonvention in Krisen und bewaffneten Konflikten	599
4.	Die Relevanz sonstiger UNESCO-Kulturabkommen in Krisen- und Kriegszeiten	602
a)	Die UNESCO-Konvention zum Erhalt des immateriellen Kulturerbes (2003)	603
b)	Maßnahmen zum Schutz kultureller Ausdrucksformen bei Auslöschung oder ernsthafter Gefährdung	606
5.	Reform der UNESCO-Governance: Die Herstellung von „Synergien“ zur Überwindung der Fragmentierung	610
a)	Grundlagen	610
b)	Empfehlungen des Internal Oversight Service (IOS) (2013)	611
c)	Empfehlungen des External Audit (2015)	612
6.	Kritische Würdigung: Die Stärkung eines integrierten Implementierungsansatzes	614
a)	Die Bündelung von Expertise in der Ausschussarbeit	614

b) Die Reformdiskussion um einen einheitlichen Kulturgut-/Kulturerbe-Begriff	615
c) Einberufung von gemeinsamen Sitzungen der Ausschussvorsitzenden	617
d) Synergien bei der Nutzung der Fondsmittel	617
e) Zusammenarbeit der Sekretariate	618
f) Die Schaffung eines effizienten Streitbeilegungssystems	619
7. Die Angleichung der Listensysteme: Unterstützende Komplementarität	620
a) Ausgangssituation	620
b) Verhältnis der Listensysteme zwischen der Haager Konvention (1954) und der Welterbekonvention (1972)	621
c) Verhältnis der Listensysteme zwischen dem Zweiten Haager Protokoll (1999) und der Welterbekonvention (1972)	622
d) Verhältnis der Listensysteme zwischen dem Zweiten Haager Protokoll (1999) und sonstigen UNESCO-Kulturabkommen	628
8. Zwischenergebnis	630
<i>E. Der Umgang von Strafgerichten mit der vorsätzlichen Zerstörung von Kulturgut</i>	631
I. Einleitung: Fortschritte der internationalen Strafgerichtsbarkeit	631
1. Rückblick: Der Nürnberger Militärgerichtshof	631
a) Fokus auf individuellem Unrecht	631
b) Schuldsprüche zur NS-Raubkunst	632
2. Weitere Meilensteine	633
a) Crimina iuris gentium	633
b) Wechselwirkung der internationalen Straffurisdiktion mit dem Menschenrechtsschutz	634
c) Sog. gemischte Gerichte und Kulturgutschutz	635
3. Fortschritte für die Durchsetzung des Völkerrechts	637
a) Stigmatisierung von Fehlverhalten	637
b) Konnex zur Staatenverantwortung	638
c) International Criminal Justice 5.0	639

II. Die Zerstörung von Kulturgütern als Kriegsverbrechen	640
1. Rechtsgrundlagen	641
a) Das ICTY-Statut	641
b) Das Statut von Rom des Internationalen Strafgerichtshofs	643
2. Die ICTY-Rechtsprechung zu „Kriegsverbrechen“	646
a) Internationale und nicht-internationale bewaffnete Konflikte	647
b) Schutzobjekte	648
c) Relevanz des UNESCO-Weltkulturerbes für den Tatbestand	650
d) Unbeachtlichkeit des Fehlens einer Kennzeichnung von Kulturgut	653
e) Militärische Notwendigkeit und Verzicht auf das Distanzkriterium	654
f) Der Tatbestand der Beihilfe	655
g) Führungsverantwortung von Befehlshabern	656
3. Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs zu Kriegsverbrechen	659
a) Strafverfahren wegen Zerstörung von zivilem Eigentum	659
b) Strafverfahren wegen Kulturgutzerstörung in Mali	662
4. Zwischenergebnis	665
III. Die Zerstörung von Kulturgut als Verbrechen gegen die Menschlichkeit	666
1. Rechtsgrundlagen	667
a) Das ICTY-Statut	667
b) Das Statut von Rom	668
2. ICTY-Rechtsprechung zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit	670
a) Nexus zum bewaffneten Konflikt	670
b) Actus reus im Rahmen der „Verfolgung“	671
c) Mens rea im Rahmen des Verbrechens gegen die Menschlichkeit	675
d) Schlussfolgerungen	677
3. Die Positionierung des Internationalen Strafgerichtshofs zu „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“	678
a) Relevanz der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im 21. Jahrhundert	678

b)	Drohende Diskontinuität bei der Ahndung von Kulturgut- zerstörung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit	679
c)	Die Einordnung des Handelns nicht-staatlicher Gewaltak- teure	680
d)	Dissenting Opinion von Richter Kaul	682
4.	Zwischenergebnis	685
IV.	Die Zerstörung von Kulturerbe als „Genozid“?	687
1.	Ausgangspunkt: Die Völkermordkonvention (1948)	687
2.	Rückblick: Die frühe Debatte um den sog. kulturellen Genozid	688
a)	Debatte während der Entwurfsarbeiten	688
b)	Gründe für die Ablehnung der Verankerung des sog. kultu- rellen Genozids	690
3.	Die vorsätzliche Zerstörung von Kulturgut als mens rea des Tatbestandes des Völkermords	692
a)	Zerstörung der Zusammengehörigkeit und kulturellen Iden- tität	692
b)	Das Erfordernis der spezifischen Absicht	693
c)	Der Krstić-Fall als Wegmarke	695
d)	Schlussfolgerungen	697
4.	Perspektiven: Die aktuelle Reformdebatte im Lichte der Auslö- schung von Kulturerbe	699
V.	Kritische Würdigung	703
1.	Praktische Probleme der internationalen Strafverfolgung	703
a)	Selektivität der internationalen Strafverfolgung	703
b)	Hohe Beweisanforderungen im Strafverfahren	704
c)	Dauer der Verfahren	706
2.	Exkurs: Die Strafbarkeit von Kämpfern des IS	707
a)	Internationale Strafsurisdiktion und der Islamische Staat	707
b)	Strafbarkeit wegen Kriegsverbrechen	709
c)	Strafbarkeit wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit	713
d)	Strafbarkeit wegen Völkermord	715
3.	Überlegungen de lege ferenda zu einem neuen Tatbestand: Ver- brechen gegen Kulturerbe der Welt und kulturelle Vielfalt	717
a)	Verbrechen an Kulturgut als eigener Straftatbestand	717
b)	Neuer Fokus: Zerstörungen des immateriellen Kulturerbes	718

c) Stärkere Berücksichtigung beweglicher Kulturgüter	720
d) Erweiterung des Tatbestandes der Kriegsverbrechen	721
e) Erweiterung der Tathandlungen	722
f) Verbrechen gegen die kulturelle Vielfalt	724
g) Formell-rechtliche Voraussetzungen für eine Novellierung des Statuts	725
h) Impuls durch das UNESCO-Welterbekomitee	726
<i>F. Die operative Ebene: VN-Friedenssicherung und Schutz des Kulturerbes in Krisenländern</i>	729
I. Einführung	729
1. Überblick: Kulturerbe als Gegenstand der VN-Sicherheitspolitik	729
a) Ausgangspunkt: Die Sicherheitssituation von Zivilisten	730
b) Kultur als bevorzugtes Ziel	730
c) Reaktion der Vereinten Nationen	732
2. Rechtsgrundlagen für Resolutionen des VN-Sicherheitsrates und frühe Praxis	733
a) Die Hauptverantwortung für den Weltfrieden	734
b) Hinwendung zu Themen des Kulturgutschutzes	735
c) Kulturgutschützende Aktionen	737
3. Beispiele für Resolutionen des VN-Sicherheitsrates betreffend Kulturerbe	738
a) Beispiel Irak	738
b) Beispiel Syrien	739
c) Beispiel Mali	744
4. Fokus: Der Umgang des VN-Sicherheitsrates mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren	748
a) Einbeziehung nicht-staatlicher Gewaltakteure	749
b) Fallgruppen	750
c) Kritik	752
5. Kritische Würdigung	752

II. Die UNESCO-Strategie zum Schutz von Kultur in bewaffneten Konflikten und Krisen (2015-2021)	755
1. Travaux préparatoires	755
a) Hintergrund der UNESCO-Strategie	755
b) Schutzgegenstand und Anwendungsbereich der Strategie	756
c) Rolle des Völkerrechts	757
d) Weiteres Verfahren	758
2. Der Inhalt der UNESCO-Strategie (2015-2021)	759
a) Kulturerbeschutz als Querschnittsmaterie	759
b) Zielformulierung	760
c) Die Verfolgung eines Mehrebenenansatzes	761
3. Maßnahmen der Umsetzung und Monitoring	762
a) Prioritäre Handlungsfelder in der Phase der Prävention	762
b) Prioritäre Handlungsfelder in der Phase der Reaktion	763
c) Prioritäre Handlungsfelder in der Phase des Wiederaufbaus	765
d) Institutionelle Fragen und Monitoring: die Unit for Emergency Preparedness and Response	766
4. Kritische Würdigung	768
III. Das Zusammenwirken der UNESCO mit Schutzakteuren zur Rettung von Kulturerbe	770
1. Das System der Schutzmächte	770
a) Klassische Aufgaben der Schutzmächte	771
b) Probleme der Anwendung des Schutzmächtesystems	772
c) Die Ablösung des Schutzmächtesystems	773
2. Die Rolle des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)	774
a) Aufgaben und Funktionen	774
b) Das Zusammenwirken zwischen UNESCO und IKRK	775
c) Das Memorandum of Understanding (2016)	775
d) Kritische Würdigung	777
3. Die Zusammenarbeit der UNESCO mit NGOs zur Rettung von Kulturerbe	778
a) Die Bewegung der Denkmalschützer ohne Grenzen in den 1990er Jahren	779
b) Regularien der UNESCO	780
c) Fallstudie Syrien	782

d)	Die Rolle ausländischer NGO-Experten: die Trennung zivil/ militärisch	784
4.	Die Blue Shield-Bewegung	785
a)	Entstehungsgeschichte und Grundlagen	785
b)	Aufgaben und Funktionen	786
c)	Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Blue Shield und UNESCO	787
5.	Die Rolle von Freiwilligen und lokalen Netzwerken	788
a)	Unterstützungsleistungen von Freiwilligen	788
b)	Unterstützung lokaler Netzwerke und Gemeinschaften	790
c)	Kritische Würdigung	791
IV.	Die Unterschutzstellung von Kulturgut aus Krisenländern	791
1.	Das Konzept der improvisierten Bergungsorte und der Sicher- heitstransporte in Notfällen	792
a)	Bergungsorte nach dem Haager Abkommen (1954)	792
b)	Sicherungstransporte nach dem Haager Abkommen (1954)	795
c)	Zwischenergebnis	797
d)	Reform durch Annahme des Zweiten Protokolls (1999)	797
e)	Kritische Würdigung	798
2.	Entmilitarisierte Schutzzonen und unverteidigte Orte	799
a)	Der Rot-Kreuz-Gedanke	799
b)	Die UNESCO-Initiative (sog. protected cultural zones)	800
c)	Vorbild: die IGH-Entscheidung zu Preah Vihear	803
d)	Kritische Würdigung zu Kulturschutzzonen	804
3.	Vorbeugende Einsätze zur Schaffung von Kulturschutzzonen (preventive deployment)	805
a)	Unilaterale vorbeugende Einsätze zum Schutz von Welter- bestätten	806
b)	Vorbeugende Einsätze zum Schutz von Welterbestätten auf- grund bindenden VN-Sicherheitsratsbeschlusses	808
c)	Kritische Würdigung	810
4.	Flugverbotszonen und sog. Nicht-Angriffslisten (no strike lists)	810
a)	Flugverbotszonen als Instrument des Kulturgutschutzes	811
b)	Der Einsatz von sog. Nicht-Angriffslisten	811
c)	Weiterführende Überlegungen	814

5. Die Reformdiskussion: das Konzept sog. sicherer Häfen	816
a) Vorbemerkung	816
b) Konzeptentwürfe für sog. sichere Häfen: in situ, regional, international	817
c) Die Guidelines der International Law Association (2008)	819
d) Zwischenergebnis	820
e) Völkerrechtliche Grundlagen für sichere Häfen	821
f) Vorreiterrolle: die neue Schweizer Gesetzgebung	822
g) Kritische Würdigung	825
V. Robuste kulturelle Schutzinterventionen	829
1. Anknüpfungspunkte und Einordnung	829
a) Die universalistische Konzeption des gemeinsamen Erbes	830
b) Das Konzept der menschlichen Sicherheit	832
2. Rechtsgrundlagen der VN-Charta für militärische kulturelle Schutzinterventionen	833
a) Das Gewaltverbot als Hürde kultureller Schutzinterventionen von VN-Mitgliedstaaten	833
b) Militärische Intervention auf der Grundlage von Artikel 39 i.V.m. Artikel 42 VN-Charta	833
c) Nothilfe gemäß Artikel 51 VN-Charta	835
3. Die sog. Intervention auf Einladung	837
a) Vorbemerkung	837
b) Einladung durch die amtierende Regierung	838
c) Einladung durch Oppositionskräfte	839
d) Einladung durch die Übergangsregierung	840
4. Die Operation Serval von Frankreich in Mali (2013): Best practice für den Kulturgutschutz?	841
a) Kulturgutzerstörungen im Norden Malis	841
b) Diplomatische Bemühungen und Versuche der Abwendung der Zerstörungen	842
c) Ziele und Modalitäten der Operation Serval von Frankreich in Mali (2013)	845
d) Rechtsgrundlage der Operation Serval: Artikel 51 VN-Charta	847
e) Weitere Rechtsgrundlage: Sog. Intervention auf Einladung	849
f) Weitere Rechtsgrundlage: Autorisierung durch den VN-Sicherheitsrat	851

g) Weitere Dokumente als mögliche Rechtsgrundlage	853
h) Kritische Würdigung	854
5. Die Verbesserung der Legitimationsgrundlage für ein Eingreifen Dritter zum Schutz von Kulturgut durch die Responsibility to Protect (R2P)?	856
a) Vorbemerkung	856
b) UNESCO-Expertentreffen zur R2P in Anwendung auf Kulturerbe (2015)	857
c) Die Entstehung und Ausformung der R2P	859
d) Schwerste Menschenrechtsverletzungen als eine Bedrohung des Friedens	861
e) Die Integration einer kulturellen Schutzdimension in die R2P	863
f) Die Staatenpraxis im Fall Libyens	866
g) Die rechtliche Einordnung der Schutzverantwortung	869
h) Relevanz der Schutzverantwortung für Früherkennung und Prävention	871
i) Neu zu definierender Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren	874
j) Der Nutzen der Schutzverantwortung für die Durchsetzung des Völkerrechts	876
k) De lege ferenda: Stärkung der Residualzuständigkeit der VN-Generalversammlung	878
l) Die Rolle von Drittstaaten: Repressalienrecht der VN-Mitgliedstaaten	880
m) Zwischenergebnis	882
6. Multilaterale Lösungen: die Debatte um sog. Kultur-Blauhelme und Kriseninterventionsteams	884
a) Die Notwendigkeit einer Gesamtlösung	884
b) Sog. Embedded Peackeping: VN-Friedenssicherung mit integriertem Kulturschutzauftrag	885
c) Das Beispiel der Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA)	887
d) Der Vorschlag Italiens zu einer International Task Force	889
e) Das Memorandum of Understanding (2016) zwischen der UNESCO und Italien	891
f) Kritische Würdigung	892

VI. Kultur als eine Säule der VN-Friedenskonsolidierung (Post-Konflikt)	893
1. Vorbemerkung	893
2. Grundlagen von Friedenskonsolidierung und Wiederaufbau	896
a) Die sog. Responsibility to Rebuild	896
b) Integration der Kultur in Wiederaufbauprozesse: der Ausgangspunkt der Menschenrechte und der menschlichen Entwicklung	898
c) Die Relevanz des Nachhaltigkeitsdiskurses	899
d) Stärkung der Identität und sog. resilience	902
3. Die Rolle von Kultur/Kulturerbe für Versöhnung und Wiederaufbau	904
a) Verortung der Kultur in Nachkriegssituationen seitens der UNESCO	904
b) Die Rolle der VN-Kommission für Friedenskonsolidierung	906
c) Das Potenzial von Kulturindustrien und technischer Hilfe zur Förderung kultureller Ausdrucksformen	908
d) Rückgaben und Restititionen	910
e) Sog. local ownership und Partizipation	912
4. Die Frage der Rekonstruktion von Kulturerbe	913
a) Die Frage der Angemessenheit von Rekonstruktionen in denkmalschützender Sicht	914
b) Die Entscheidung der Menschenrechtskammer in Bosnien-Herzegowina	915
c) Kritische Würdigung	916
5. Die Rolle der UNESCO bei der Wiederherstellung der Mausoleen von Timbuktu (Mali)	917
a) Hintergrund	917
b) Vorbereitungen der Rekonstruktion und flankierende Maßnahmen	918
c) Kritische Würdigung	920
6. Die Integration von Kulturgutschutz in Wiederaufbaumissionen (Beispiele: Afghanistan, Irak, Syrien, Bosnien-Herzegowina)	922
a) Verfahren für die Unterstützungsleistungen der UNESCO (Afghanistan und Irak)	922
b) Para pacem: Friedensvorbereitung und frühzeitige Wiederaufbaupläne in Syrien	925

c) Exkurs: Digitalisierung von Kulturgut als präferiertes Mittel	928
d) Die Gefahr politischer Instrumentalisierung der Wiederaufbauhilfe: das Beispiel Bosnien-Herzegowina	931
7. Exkurs: Kulturschutzauftrag von VN-Friedensmissionen	932
a) Kulturgutzerstörung trotz VN-Präsenz: die Erfahrungen im Kosovo	932
b) Schlussfolgerungen	935
c) Weiterführende Überlegungen	936
8. Zwischenergebnis	938
Schlusswort	941
<i>Autorenverzeichnis</i>	947